

HOLGER POLITT

**UNTER BLITZ UND DONNER:
ZUSAMMENSTOSS ZWEIER ZEITALTER**

*Die Zeit der Übrumpelungen, der von kleinen
bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser
Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei.
Friedrich Engels*

*Dann aber zeigt sich: Das Nichtgemachthaben
der bürgerlich-revolutionären Neuzeit im alten
Rußland zeigte, ja zeitigte notwendig auch im
neuen Rußland spezifische Folgen.
Ernst Bloch*

I

Ohne die Hoffnung auf diese Revolution wäre das politische Leben Rosa Luxemburgs anders verlaufen, denn die Revolution, die 1905 endlich ausbrach, war viele Jahre zuvor bereits Gegenstand begründeter Antizipation. Dieser gut begründeten Vorhersage der kommenden Revolution in Rußland verdankte die deutsche Sozialdemokratie schließlich einen ihrer brilliantesten Köpfe. Den Schlüssel zum Verständnis dieser Zusammenhänge findet der Leser in den Texten, die Rosa Luxemburg für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung im Königreich Polen, das bis 1915 den westlichsten Zipfel des gewaltigen Russischen Reiches ausmachte, in Polnisch schrieb. Einen richtigen König hatte das merkwürdige Land am Mittellauf der Weichsel nie gehabt. Vielmehr ging es in die Geschichtsbücher als ein Gebiet mit gewaltiger, sprunghafter industrieller Entwicklung ein, die ihren wichtigen Impuls aus der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit dem riesigen, schier unersättlichen russische Markt erhielt, wodurch in nur wenigen Jahrzehnten dieser Landstrich in sozialer Hinsicht geradezu umgepflügt worden war, so daß schließlich die wirtschaftliche Kraft die strategische Bedeutung, die der in die Mitte Europas hineinragende Zipfel für das Zarenreich unzweifelhaft besaß, in den Schatten stellte.

Während in diesem widersprüchlichen Prozeß der alte Träger der polnischen Nationalidee, der noch immer von der Vorstellung einer Wiederherstellung des untergegangenen alten Polens beseelte kleine und mittlere Landadel, unter gewaltigen sozialen Druck geriet, stieg zusammen mit der rasanten Entwicklung der Industrie das neue Industrieproletariat zu einer eigenständigen, immer mehr den eigenen Interessen folgenden gesellschaftlichen Klasse auf, so daß trotz politischer Verfolgung eine

moderne Arbeiterbewegung sich unweigerlich herausbilden mußte. Der erste wirkliche Höhepunkt dieser Entwicklung war eine Streikwelle von mehreren Zehntausend Textilarbeitern, die in Łódź im Mai 1892 Stadt und Fabriken neun Tage hindurch lahmlegte. Schließlich wurde der erste große Arbeiterausstand Polens durch das Militär blutig niedergeschlagen, was über 100 Arbeiter mit dem Leben bezahlten.¹

Wie überall im Zarenreich fehlte es auch hier an politischer Freiheit, hinzu kam die nationale Unterdrückung, die nach der Niederschlagung des letzten Nationalaufstandes der Polen gegen die russische Fremdherrschaft von 1863/64 seltsame Blüten trieb. So die Streichung der offiziellen Landesbezeichnung Königreich Polen, weil bereits die bloße Erwähnung Polens störte – fortan nannten russische Bürokraten das Gebiet nur noch verwaltungskühl Weichselland. In Warschau und in den anderen Industriezentren bildeten sich zwar erste politische Arbeiterstrukturen aus, doch die Bildung einer Arbeiterpartei, zudem mit sozialistischen Zielen, war wegen der unerhörten politischen Unterdrückung innerhalb Polens kaum möglich, sie konnte unter den bestehenden Bedingungen nur im Ausland erfolgen.

Die Gründung der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) im späten Herbst 1892 in der Nähe von Paris war der Versuch, bereits vorhandene sozialistische Organisationen und Initiativen im Ausland zu bündeln und mit den in Polen vorhandenen Arbeiterstrukturen zusammenzubinden. Die politischen Vorstellungen mündeten in einer programmatischen Skizze, mit der die PPS auf das Ziel der vollständigen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie der Errichtung einer selbständigen demokratischen Republik in Polen ausgerichtet wurde.² Obwohl die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes mit den russischen Sozialisten anerkannt wurde, sprach sich die PPS in dem Papier deutlich für einen eigenständigen Weg der polnischen Sozialisten aus. Damit war die Richtung vorgegeben, die zwei wichtige Konsequenzen hatte. Erstens wurde das Schicksal der sozialistischen Bewegung Polens vom künftigen Werdegang der russischen Bewegung abgekoppelt, wobei die Begründung angeführt wurde, daß die sozialistische Bewegung, wie überhaupt die gesamte kapitalistische Entwicklung, in Rußland erst in den Kinderschuhen stecke, nicht so weit fortgeschritten sei wie in Polen. Zweitens aber wurde der sozialistischen Bewegung Polens von vornherein die Aufgabe gestellt, über die territorialen Grenzen des Königreichs Polen hinaus zu operieren, da die anzustrebende Republik sich aus weiteren, nicht ausschließlich in Rußland liegenden Teilen zusammensetzen müsse, also auch aus polnischen Gebieten, die zu Preußen und Österreich gehörten. Wie bei den zurückliegenden Adelsaufständen sollte das Schwergewicht wiederum im Königreich Polen liegen, diesmal aber als Arbeiteraufstand.

1 Siehe »Bunt łódzki« 1892 roku. Studia z dziejów wielkiego konfliktu społecznego [Der »Aufstand in Łódź« im Jahre 1892. Untersuchungen zur Geschichte eines großen sozialen Konfliktes], Hrsg. Paweł Samuś, Łódź 1993.

2 Siehe Szkic programu PPS [Programmentwurf der PPS] in: Polskie programy socjalistyczne 1878–1918. Zebrał i opatrzył komentarzem historycznym F. Tych [Polnische sozialistische Programme 1878–1918. Zusammenge stellt und mit einem historischen Kommentar versehen von F. Tych], Warszawa 1975. S. 242–260.

Ein zweiter Versuch, im Ausland befindliche sozialistische Kreise mit den Arbeiterstrukturen an der Weichsel organisatorisch zu verknüpfen, erfolgte im Juli 1893 von Zürich aus. Weil das künftige Zusammengehen mit den sozialistischen Kräften in Rußland prinzipieller gesehen und die Tradition der gegen die russische Herrschaft gerichteten polnischen Nationalaufstände als eine vollständig gescheiterte, als eine geschichtlich längst überholte Idee betrachtet wurde, sind in Zürich die Weichen anders gestellt worden: Erstens für den Anschluß an die internationale sozialdemokratische Bewegung, die mit der SPD ihre führende Kraft besaß, und zweitens für den Kampf ausschließlich im Königreich Polen, also im russischen Herrschaftsbereich, wodurch dem künftigen Zusammenwirken mit der Arbeiterbewegung in Rußland eine ganz andere Bedeutung zugewiesen und ein ganz anderes Gewicht beigemessen wurde als in den programmatischen Erklärungen der PPS. So war der gewählte Name zugleich Programm: Sozialdemokratie des Königreichs Polen. Später wurde die Landesbezeichnung noch einmal um Litauen ergänzt, weil Arbeiterkreise in Wilna (Vilnius) und vor allem Białystok dazukamen, in Städten also, die nicht mehr zum Königreich Polen gehörten, sondern auf dem Gebiet des historischen Litauens lagen, das von Rußland direkt einverleibt worden war. Jetzt nannte die Partei sich Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens, abgekürzt SDKPiL. Während Białystok Zentrum der Textilindustrie war, gab es in Wilna, einer Stadt mit über 100 000 Einwohnern, Ende des 19. Jahrhunderts nicht einmal 3 000 Industriearbeiter, dennoch war es ein Ort größter Traditionen im antizaristischen Kampf. Nicht von ungefähr wurde hier 1897 der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland (kurz: Bund) gegründet, wie sich die auf die jiddische Sprache stützende Sozialdemokratie im Zarenreich nannte.

In Zürich bestimmten Leo Jogiches, Adolf Warski, Julian Marchlewski und Rosa Luxemburg die Linie der Partei. Jogiches, den anderen an konspirativer Erfahrung überlegen, stammte als einziger nicht aus dem Königreich Polen, sondern aus Wilna. Bevor er Rosa Luxemburg kennenlernte – beide wurden sehr schnell ein Liebespaar, was aber vor den anderen Mitstreitern verheimlicht wurde –, sprach er kein Polnisch. Zu Hause hatte er ausschließlich russisch gesprochen, das Jiddische beherrschte er nicht. Dennoch hatte er in seiner Wilnaer Zeit ausgeprägte Kontakte zu späteren Köpfen des jüdischen Arbeiterbundes, dessen Geburtsstunde auch deshalb in Wilna schlug, weil die Stadt das wichtigste geistig-kulturelle Zentrum des Judentums im russischen Herrschaftsbereich gewesen war.³ Nachdem Jogiches 1890 nach Zürich kam, um den Militärdienst in der Zarenarmee zu umgehen, versuchte er zunächst, russische Exilkreise, allen voran Georgi Plechanow für die Idee einer sozialdemokratischen

3 Ausführliche Informationen zur Wilnaer Zeit von Leo Jogiches in der durch Feliks Tych 1976 herausgegebenen Jogiches-Biographie von Zdzisław Leder, in: *Archiwum ruchu robotniczego*, Bd. 3, Warschau 1976, S. 206–218. Feliks Tych beabsichtigte in den 1990er Jahren eine umfassende Jogiches-Biographie zu schreiben, zu der es aber aus beruflichen Gründen nicht kam. Weit fortgeschritten waren die Arbeiten an den ersten Kapiteln, die sich mit den Wilnaer und Züricher Jahren befaßten. Vorgesehen ist, diese Materialien in absehbarer Zeit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Partei im Zarenreich nebst dazugehöriger sozialdemokratischer Literatur zu begeistern. Sein großzügiges Angebot an die Russen bestand in finanziellen Mitteln, die ihm aus dem väterlichen Erbe zur Verfügung standen, und in den organisatorischen Fähigkeiten, mit denen er sich in Wilna bereits hatte auszeichnen können. Dennoch stieß er auf glatte Ablehnung, wie sie sonst nur einem unliebsamen Eindringling zukommt. So blieb ihm ein zweiter Versuch, diesmal unter den Polen.⁴

Julian Marchlewski, der aus Kujawien stammte und von Hause aus das Polnische wie das Deutsche gleichermaßen beherrschte, hatte die politisch so dringend benötigten Kontakte zu Arbeiterkreisen daheim im Königreich Polen, vor allem in Warschau. Unzufrieden mit der politischen Ausrichtung der PPS, die den losgetrennten Kampf des polnischen Proletariats riskierte, suchte er nach einem Ausweg und fand ihn in Zürich. Er wurde gerade in der ersten Phase zu einem unersetzbaren Mitstreiter der jungen Partei. Adolf Warski kam wie Rosa Luxemburg aus Warschau, hatte bereits in sozialistischen Strukturen gekämpft, doch wurden ihm die Züricher Gründungsjahre der SDKPiL zur eigentlichen politischen Taufe.

Das für die Partei so bedeutsame Sprachrohr war die Zeitung »Sprawa Robotnicza«, die, von Leo Jogiches finanziert und organisiert, im Ausland gedruckt und anschließend ins Königreich Polen geschmuggelt wurde. Bis 1896 konnten in der Zeitung die entscheidenden programmatischen Linien veröffentlicht werden – ein Feld erster publizistischer Bewährungsproben auch für Rosa Luxemburg, die für Jogiches schnell zur wichtigsten, zur entscheidenden politischen Partnerin wurde.

Ein gutes Spiegelbild für die inhaltliche Ausrichtung der Zeitung bietet die Broschüre »Das unabhängige Polen und die Arbeitersache«, die 1895 als zweiter Band in der polnischen »Sozialdemokratischen Bibliothek« herausgegeben wurde.⁵ Als Autorin zeichnete unter einem Pseudonym, das aus »Pan Tadeusz« entlehnt wurde, Rosa Luxemburg verantwortlich, die zu jener Zeit außerdem die Redaktion der Zeitung vertrat. Die Broschüre faßte mustergültig zusammen, wie die jungen Sozialdemokraten bei ihrem wichtigsten Thema argumentierten, dem für den Sturz der Zarenherrschaft, der politische Priorität hatte, unbedingt erforderlichen Zusammengehen zwischen polnischer und russischer Arbeiterbewegung. Die politische Freiheit im Zarenreich, die unabdingbar sei für jeden weiteren Weg zum Sozialismus, lasse sich nur durch das möglichst enge Zusammenwirken von polnischer und russischer Arbeiterbewegung erringen, das schließlich im Sturz der Zarenherrschaft münden werde. Die Tatsache, daß die Arbeiterbewegung in Rußland erst am Anfang stehe, daß der moderne sozialistische Gedanke in Polen bereits gereifter sei, spreche nicht gegen dieses Erfordernis – im Gegenteil. Selbstverständlich schloß diese Überzeugung von

4 Als Kuriosität sei angemerkt, daß es Plechanow allerdings gelang, bei Engels zu erreichen, Jogiches und dessen neuen polnischen Freunden nicht zu erlauben, im Rahmen der »Sozialdemokratischen Bibliothek« Texte von Engels und Marx zu drucken.

5 Rosa Luxemburg: Das unabhängige Polen und die Arbeitersache, in: Klaus Kinner (Hrsg.): Neue Texte von Rosa Luxemburg, Leipzig 2011, S. 33–87.

Anfang an auch die Umkehrung ein, die häufig übersehen wird: Auch die russische Arbeiterbewegung allein werde nicht in der Lage sein, den Zarismus zu stürzen und dessen tiefsitzendes Erbe auszumerzen, sie brauche das feste Bündnis mit der Arbeiterbewegung in anderen Teilen, insbesondere aber mit der im Königreich Polen, wofür die Sozialdemokraten dort der beste Garant seien.

Um die Brücke zur sozialdemokratischen Bewegung im übrigen Europa zu schlagen, wurde ein möglichst enger Kontakt zur deutschen sozialdemokratischen Bewegung gesucht und immer wichtiger. Während die PPS auf feste, traditionelle Beziehungen zum französischen Sozialismus setzte, blieb der SDKPiL also nur eine sinnvolle Wahl: die SPD. Zur ersten Abgesandten der polnischen Sozialdemokraten aus dem Zarenreich wurde in Berlin die junge Rosa Luxemburg, die bereits von Hause aus keine schlechten Voraussetzungen mitbrachte, um sich in der fremden Umgebung und in einem kulturell zunächst ungewohnten Milieu erfolgreich durchsetzen zu können.⁶ An ihrem politischen Ziel, erfolgreich und aktiv mitzuwirken am Sturz der Zarenherrschaft in Rußland, hielt sie ohne Abstriche fest. Die Feder blieb ihre beste Waffe, Leo Jogiches gab ihr auch weiterhin den entscheidenden politischen Rückhalt.

II

Zehn Jahre nach den Anfangszeiten der SDKPiL stand die Zarenherrschaft in Rußland vor dem Abgrund – im Fernen Osten war das Reich in einen Krieg gegen Japan verstrickt, im Innern spitzten sich die sozialen Konflikte immer mehr zu, die Forderung nach politischen Freiheiten rückte auf die Tagesordnung. Die Zarenregierung war immer weniger in der Lage, die aus der kapitalistischen Industrieproduktion hervorgehenden scharfen sozialen Konflikte mit ihren Mitteln der absolutistischen Macht ausübung einzudämmen, die immer hitziger werdenden Klassenkämpfe drohten den viel zu engen Rahmen zu sprengen. Der Sturz der Zarenherrschaft wurde im Frühjahr 1904 für die SDKPiL zur aktuellen Aufgabe. Daß es eine wesentlich von Arbeitermassen getragene und die bisherige Ordnung in den Grundfesten erschütternde Revolution sein werde, verstand sich für die polnischen Sozialdemokraten von selbst. Offen blieb nun, wann und wo der Vulkan schließlich ausbrechen werde.

In den zurückliegenden Jahren hatten sich in der SDKPiL die beiden wichtigen Linien aus der Anfangszeit der Partei verfestigt – einmal der Anspruch, die führende politische Kraft der Arbeiterbewegung im Königreich Polen zu sein, zum anderen der

⁶ Um sich in Deutschland öffentlich politisch betätigen zu können, brauchte es die entsprechende Staatsbürgerschaft, die Rosa Luxemburg durch die Scheinheirat mit einem Deutschen erhielt. Emil Arnold, der Sohn eines der beiden Trauzeugen, bemerkte 1952 in einem Brief an die Gesandtschaft Polens in Bern: »Damals heiratete hier Rosa Luxemburg, um nach Deutschland reisen zu können. [...] In den Biographien von Rosa Luxemburg werden Details genannt, mir selbst sagte Rosa Luxemburg noch 1916, wie wertvoll für sie gewesen sei, in Deutschland einreisen zu können.« AAN Warschau 2/1223, 63/IV-3, Bl. 26.

demonstrative Schulterschluß mit der russischen Arbeiterbewegung. Ein tiefer Graben trennte allerdings die PPS und die SDKPiL, beide kämpften weiter verbissen zumindest um die geistige Vorherrschaft in der Arbeiterbewegung im Königreich Polen, was die gesamte Bewegung in Mitleidenschaft zog. Unter den Bedingungen meist tiefer Illegalität waren es vor allem die jeweiligen Führungsspitzen, die ins Gefecht zogen, und zwar mit der Parteiliteratur. Die jeweils andere Führungsseite wurde als uneinsichtig betrachtet, abspenstig gemacht werden sollten die Arbeiterreihen. Bei der PPS verfestigte sich bis zum Vorabend der Revolution die Vision, die Arbeiterbewegung im Königreich Polen werde an der Spitze einer Aufstandsbewegung stehen, die, gegen die Zarenherrschaft gerichtet, den entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung Polens vollbringen werde. Nach Ausbruch des Krieges im Fernen Osten, in dem das zaristische Rußland gegen Japan erbittert um die Vorherrschaft in der Region kämpfte, schien die Situation günstig zu sein. Immerhin reiste Józef Piłsudski, der Führer der PPS, im Mai 1904 nach Japan, um Unterstützung für einen polnischen Aufstand unter Führung der PPS einzuholen, gewissermaßen als eine Art zweiter Front, die nun mit entsprechender japanischer Hilfe durch Waffen und Ausrüstung unterstützt werden sollte. Sein Mißerfolg, der nicht zuletzt auf überhastete Vorbereitung zurückzuführen war, änderte nichts an der Zielrichtung. Die wenigsten in der PPS-Führung rechneten mit dem baldigen Ausbruch einer Arbeiterrevolution in Rußland, dafür wurde der breite Zusammenschluß von Gegnern der russischen Zentralmacht gesucht, was im Herbst 1904 für kurze Zeit sogar zu einem Zweckbündnis mit den polnischen Nationaldemokraten führte, das aber schnell an der rauhen gesellschaftlichen Wirklichkeit zu Hause im Königreich Polen zerbrach.

Für die SDKPiL hatten sich mit der theoretischen Zeitschrift »Przegląd Socjaldemokratyczny« von 1902 bis 1904 und mit dem Parteiorgan »Czerwony Sztandar« seit 1903 wieder regelmäßig, wiewohl illegal erscheinende Publikationsorgane herausgebildet, in denen die vier Sozialdemokraten aus der Anfangszeit in Zürich immer noch die entscheidende Stimme hatten. Nun war Leo Jogiches, der selbst am wenigsten schrieb, der umtriebige Redakteur, der bis Anfang 1905 alles aus Berlin leitete und zudem die organisatorischen Fäden in der SDKPiL immer fester in seinen Händen hielt. Die bevorzugten Autoren des Redakteurs waren immer noch Julian Marchlewski, Adolf Warski und Rosa Luxemburg. Zu den wichtigsten Aufgaben zählte die rasche Herstellung des Kampfbündnisses mit der russischen Arbeiterbewegung, das bei den Sozialdemokraten aus dem Königreich Polen als wichtigste Voraussetzung für den Sturz der Zarenherrschaft galt.

Seit 1898 bestand in Rußland eine sozialdemokratische Partei, die sich Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAPR) nannte.⁷ Eine wirkliche Konsolidierung

7 Im Deutschen hat sich die Abkürzung SDAPR für Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands eingebürgert, was sachlich aber unrichtig ist. Die SDKPiL hatte bei ihren Versuchen, mit der russischen Partei ein engeres organisatorisches Zusammengehen herzustellen, immer verlangt, den Namen von Russischer Sozialdemokratischer Arbeiterpartei in Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands umzubenennen.

dieser bis dahin eher locker zusammenhängenden Struktur sollte auf dem 2. Parteitag im Sommer 1903 erfolgen. Nach Beschlußfassung des eigenen 4. Parteitags, der kurz zuvor Ende Juli 1903 durchgeführt wurde, wollte die SDKPiL der SDAPR unter bestimmten Bedingungen beitreten, ohne aber die organisatorische Selbständigkeit, den eigenen Namen und den Anspruch, die politische Führungskraft der Arbeiterbewegung im Königreich Polen zu sein, aufzugeben. Gewissermaßen im letzten Augenblick forderten Jogiches und Rosa Luxemburg den am russischen Parteitag teilnehmenden Warski auf, den beabsichtigten Beitritt nicht zu vollziehen. Der Grund war nicht die auf dem Parteitag vollzogene Spaltung der russischen Partei in Bolschewiki und Menschewiki, der Grund fand sich in dem heute nicht ganz einfach nachvollziehbaren Streit über die Frage, wieweit die künftige Gesamtpartei den entschiedenen Standpunkt der SDKPiL in der polnischen Frage, also die strikte Ablehnung des Konzeptes einer Wiederherstellung Polens, wie es die PPS verfolgte, teilen sollte. Während des Parteitages erschien ein anonymer, von Lenin geschriebener Beitrag, der von Jogiches und Rosa Luxemburg als eine nicht hinzunehmende Aufweichung der sozialdemokratischen Position verstanden wurde. Damit sei der moralische Wert, den der Beitritt der SDKPiL zur gesamtrussischen sozialdemokratischen Struktur gegenüber der PPS bekommen hätte, hinfällig.⁸

Leo Jogiches und Rosa Luxemburg nahmen die mißglückte Vereinigung mit den russischen Sozialdemokraten hin, obwohl der 4. Parteitag der SDKPiL dies noch kurz zuvor als momentane Hauptaufgabe bestimmt hatte.⁹ Ausschlaggebend war hierbei jedoch die tatsächliche nur bedingte Stärke der russischen Partei, über die es bei beiden keine Illusionen gab. Sie setzten wie bisher vor allem auf die schnelle und kräftige Entwicklung der Arbeiterbewegung in Rußland, was die SDAPR weiter stärken werde, weshalb also der rein organisatorische Zusammenschluß in einer gesamtrussischen Struktur bis zur Klärung möglicher strittiger Punkte in der Nationalitätenfrage nachgeordnet sein könne. Als viel wichtiger wurde hingegen die strikte Abgrenzung zur Polenpolitik der PPS gesehen, hier pochten sie auf Festigkeit in den eigenen Reihen und auf entschiedene Agitation. Das Ziel war die Revolution, die Rußland erschüttern werde, die aber das aktive Handeln des Proletariats im Königreich Polen als einen entscheidenden Faktor erforderlich macht, weshalb es vor dem Hirngespinnst einer Wiederherstellung Polens als einem naheliegenden Ziel des Arbeiterkampfes bewahrt

8 Siehe Rosa Luxemburg an Adolf Warski, 6. August 1903, in: Gesammelte Briefe (im folgenden GB), Bd. 6, S. 79. Ausführlicher zu diesem Vorgang siehe Einleitung zu Rosa Luxemburg: Nationalitätenfrage und Autonomie, Berlin 2012, S. 21–24. Scharfen Widerspruch gegen die von Jogiches und Luxemburg gefällte Entscheidung, die Warski vor Ort in Brüssel ausführte, erhob anschließend Cezaryna Wojnarowska, Sie hielt es für eine Flucht unter dem ersten besten Vorwand, der zu einem Vertrauensverlust bei den russischen Genossen gegenüber den Erklärungen und dem politischen Takt der SDKPiL führe, wohingegen die Partei selbst durch dieses Manöver nichts gewinne. Siehe Brief an Jakub Hanecki vom 12. August 1903, in: Archiwum ruchu robotniczego [Archiv der Arbeiterbewegung], Bd. 5, Warschau 1977, S. 109.

9 Vgl. Rosa Luxemburg: Der 4. Parteitag der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens, in: Wegmarkierungen. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1903. Leipzig 2013, S. 30 f.

werden müsse. Die SDAPR werde im Feuerschein der Revolution ohnehin reifen, weil die grundsätzliche, die sozialdemokratische Richtung stimme.¹⁰

In einem Beitrag, der wahrscheinlich aus Jogiches' Feder nach enger Abstimmung mit Rosa Luxemburg stammt, wurde die in der SDKPiL vorherrschende Sicht wie folgt ausgedrückt: »Der Sturz der russischen Selbstherrschaft wird der europäischen Reaktion einen starken Stoß versetzen, und er wird der Prolog der sozialen Arbeiterrevolution sein. Die Hoffnung der europäischen Demokratie, daß ihr Sieg über das Zarentum in Warschau errungen werde, ist in der Geschichte nicht in Erfüllung gegangen. [...] Doch die gleiche Kraft, die die Sache der Demokratie verraten hat – der europäische Kapitalismus –, hat die Macht des russischen Kolosses untergraben und bewirkt, daß der Zarismus unbezwingbare innere Feinde an allen Ecken Rußlands bekommen hat – bis zum Ural, sogar über den Ural hinaus. Der Todesstoß wird den Absolutismus zugleich in Warschau, in Petersburg, in Moskau und überall dort im Staat ereilen, wo die Armee des internationalen Sozialismus ihre Abteilungen hat. Die historische Mission der Befreiung Europas vom Scheusal der Selbstherrschaft ist vom demokratischen Polen auf das Proletariat in ganz Rußland übergegangen.«¹¹ Gemeint war die große Sympathie der europäischen, revolutionären Demokraten in der Mitte des 19. Jahrhunderts für die polnische Aufstandstradition, die für das revolutionsschwangere Mitteleuropa als einzige Hoffnung galt, die unheilvolle Bedrohung durch die Zarenreaktion zurückzudrängen. Als der Januaraufstand 1863/64 ausbrach, waren auch Marx und Engels noch immer zutiefst davon überzeugt, daß nur ein erfolgreicher, gegen die russische Herrschaft gerichteter polnischer Nationalaufstand entscheidende Breschen in die Zarenfestung schlagen könne, ein Argument, das für die PPS immer Wasser auf die Mühle gewesen war.

Eine unbeabsichtigte, aber aus der historischen Perspektive nicht unwichtige Folge der Entwicklungen im Sommer 1903 war außerdem, daß sich die SDKPiL-Führung trotz der erklärten entschiedenen Nähe zur russischen Bewegung aus dem Richtungsstreit und aus dem Fraktionskampf zwischen Bolschewiki und Menschewiki weitgehend und bis in die Revolutionszeit hinein heraushalten konnte. Erst in den Auseinandersetzungen um die Teilnahme oder Nichtteilnahme an den von der Zarenregierung für 1906 verfüigten »Duma-Wahlen« änderte sich das. Der Fraktionskampf in der russischen Partei wurde zunächst als vorübergehende Erscheinung gewertet, der im Revolutionskampf schnell an Bedeutung verlieren werde. In keinem Fall durften die scharfen Auseinandersetzungen dort als Vorwand dienen, um die angestrebte enge

10 In »Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie« schrieb Rosa Luxemburg im Juli 1904: »Die sozialdemokratische Bewegung ist die erste in der Geschichte der Klassengesellschaften, die in allen ihren Momenten, im ganzen Verlauf auf die Organisation und die selbständige direkte Aktion der Masse berechnet ist.« In: Gesammelte Werke (im folgenden GW), Bd. 1/2, S. 427.

11 Rosyjscy socjaldemokraci o polskiej i narodowościowej kwestii [Russische Sozialdemokraten über die polnische und die Nationalitätenfrage], in: Przegląd Socjaldemokratyczny, Nr. 2, Februar 1903, S. 74–78, hier zitiert nach: Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy. Materiały i dokumenty [SDKPiL. Materialien und Dokumente], Bd. 2 1902–1903, Warschau 1962, S. 265.

Zusammenarbeit mit der russischen Bewegung zu schwächen oder gar aufzukündigen. In ihrer Presse hielten sich die Führungsleute der SDKPiL in allen russischen Fragen auffällig zurück.

Es blieb bei dem optimistischen Tonfall, weil der eigene programmatische Standpunkt grundsätzlich gestärkt schien. Sowohl im Kampf gegen die PPS-Linie als auch in der Frage des enger werdenden Bündnisses mit der russischen Bewegung auf sozialdemokratischer Grundlage sollten die kommenden Jahre die Entscheidung bzw. den Durchbruch bringen. »Für die sozialdemokratische Bewegung in Polen öffnet sich gegenwärtig ganz ohne Zweifel eine Phase vielversprechender Entwicklung.«¹²

III

Höhepunkt dieser vielversprechenden Entwicklung für die sozialdemokratische Bewegung im Königreich Polen wurden die ersten Monate nach Ausbruch der Revolution. Die Arbeiter- und Massenproteste in den Industriezentren im Königreich Polen, die bereits von Anbeginn ganz unter dem Zeichen der roten Fahne standen, versetzten der Zarenherrschaft die ersten schweren Schläge. Und niemand unter den hunderttausenden Arbeitern, die streikten oder demonstrierten, forderte die Wiederherstellung Polens. Es schien, als ob die einst in Zürich herausgegebene Broschüre der polnischen Sozialdemokraten zur Frage der polnischen Unabhängigkeit nun lebendiges Programm geworden sei.

Die lange erhoffte und längst erwartete neue politische Zeitrechnung in Rußland brach an, als der Vulkan plötzlich am 22. Januar 1905 in St. Petersburg ausbrach. Arbeitermassen unter Kirchenfahnen und angeführt von einem Popen zogen friedlich gereiht zum Winterpalais, um vom Zaren erhört zu werden, denn unter den Bedingungen des Krieges im Fernen Osten sei die Knebelung durch die Zarenbeamten, die Tschinowniks, und durch die Fabrikanten unerträglich geworden. Als alleinige Antwort gab es todbringende Gewehrkugeln. Damit war das Tuch zwischen den russischen Arbeitermassen und der Zarenregierung endgültig zerschnitten, der Weg zur Arbeiterrevolution war frei.

Es galt nun, den Sturz der Zarenherrschaft zu vollziehen und zu vollenden, um dann auf den Trümmern der Zarenordnung die demokratische Republik mit allen politischen Freiheitsrechten im Gesamtreich durchzusetzen. Diese nun zum Greifen nah gewordene Perspektive machte den engen Schulterschuß des Proletariats aus dem Königreich Polen mit dem Proletariat im eigentlichen Rußland notwendig, zugleich aber durfte das Riesenreich durch die zu erwartenden wuchtigen Schläge gegen die Zarenherrschaft nicht in seine einzelnen nationalen Teile zerfallen, weil so der Widerstand in gänzlich andere Kanäle geleitet worden wäre. Das Riesenreich mußte also zusam-

12 Rosa Luxemburg: Der 4. Parteitag der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens, S. 41.

mengehalten werden, solange mindestens, bis endlich die Republik in Petersburg durchgesetzt war, die den Druck auf die Nationalitätenproblematik abmildern, dieser überhaupt eine ganz andere Perspektive geben werde. Auch insofern war die Haltung der Sozialdemokratie im Königreich Polen, das ja ohnehin eines der herausragenden Industrie- und damit Arbeiterzentren war, außerordentlich wichtig, ja entscheidend.

Als Waffe, um zu kämpfen, hatte Rosa Luxemburg die unbestechliche Feder, allerdings saß sie vorerst in Berlin fest. Jogiches verlegte seine Redaktionsarbeit schnell nach Krakau, wo er dichter am Geschehen war, von wo aus ihm mehrmals gelang, für die Parteiarbeit unerkannt ins nahe Revolutionsland zu reisen. In diesen Monaten wurde Zdzistaw Leder zum unentbehrlichen Helfer in der Redaktionsarbeit. Als Publikationsorgan nutzte die SDKPiL in der wichtigen ersten Zeit der Revolution nur noch das Organ »Czerwony Sztandar«, das bis August 1905 immerhin monatsweise erscheinen konnte. Als Ergänzung entwickelte Jogiches in Krakau das Blatt »Z pola walki«, ursprünglich gedacht als eine Möglichkeit, in regelmäßigen, zeitlich kürzeren Abständen unmittelbar von den Kampfplätzen zu berichten. Letztlich entwickelte es sich aber, nachdem »Czerwony Sztandar« von September bis November 1905 überhaupt nicht erscheinen konnte, zum letzten noch verbleibenden Publikationsorgan der Sozialdemokraten, das immerhin im Oktober 1905 noch einmal gedruckt werden konnte. Erst Ende 1905 wurde »Czerwony Sztandar« – weiterhin illegal – wieder herausgebracht, jetzt an mehreren Wochentagen und aus Warschau.

In Berlin schrieb Rosa Luxemburg bis Ende 1905 regelmäßig und ausführlicher für die sozialdemokratische Presse in Deutschland über die Revolution in Rußland – im Vordergrund stand die Information aus sozialdemokratischer Sicht, aus Sicht also eines aktiven, herausragenden Beteiligten an den Ereignissen im Zarenreich. Wenn sie in dieser Zeit aber polnisch schrieb, dann wandte sie sich unmittelbar an die Kämpfenden vor Ort, an das revolutionäre Subjekt, um es bei der Formierung des Klassenbewußtseins zu unterstützen und voranzutreiben. Rosa Luxemburg war überzeugt, daß das sozialdemokratisch ausgerichtete, also das eng mit ihrer Partei zusammengehende Industrieproletariat im Königreich Polen den im Pariser Arbeiteraufstandes vom Juni 1848 begonnenen Weg des eigenständigen Arbeiterkampfes fortsetze und so seine Bündnisverpflichtung gegenüber der russischen Bewegung nachkomme. Ihre Informationen über den Revolutionsverlauf in Polen bekam sie regelmäßig vom Redakteur Jogiches und außerdem aus Warschauer Parteiquellen. Zurück an die Redaktion kamen kurze Analysen, Zusammenfassungen des bisherigen Geschehens, Perspektiven des zu erwartenden Revolutionsgeschehens, alles getragen von einer großen, nicht zu erschütternden Zuversicht, denn bis zum Juni 1905 machte die Revolution vor allem in den Arbeiterkämpfen in Polen ihre Fortschritte.¹³ Höhepunkt die-

13 Einen Eindruck vom Ausmaß der Arbeiterkämpfe im Königreich Polen in den Revolutionsmonaten vermittelt folgender Zahlenvergleich: Allein in Warschau und Umgebung erreichte die Zahl der streikenden Arbeiter in der Revolutionszeit 1905/06 zwei Drittel der Zahl streikender Arbeiter in Deutschland für die gesamte Zeit von 1894 bis 1908! Siehe Stanisław Kalabiński, Feliks Tych: Czwarte powstanie czy pierwsza rewolucja. Lata

ser Entwicklung in der ersten Phase der Revolution waren die Barrikadenkämpfe in Łódź Ende Juni 1905, die Rosa Luxemburg an die Kämpfe der Pariser Arbeiter vom Juni 1848 erinnerten.

Als im Oktober und November 1905 das Zarenreich auch in seinen großen russischen Industriezentren wieder zu beben anfang, schienen die Tage für die Zarenherrschaft gezählt. In der vorletzten Dezemberwoche brach in Moskau zudem ein bewaffneter Aufstand aus, der nach zehn Tage unter Einsatz eilig herbeigeholter Truppen niedergeschlagen werden konnte. Im Königreich Polen wurde nach Weihnachten sofort versucht, einen Generalstreik zur Unterstützung der in Moskau auf den Barrikaden kämpfenden Arbeiter auszulösen. Am 28. Dezember 1905 verließ Rosa Luxemburg daraufhin Berlin, um nach Warschau durchzukommen. Als sie zwei Tage später das Ziel erreichte, war der Generalstreik gescheitert. Inzwischen hatte Jogiches aber in Warschau »Czerwony Sztandar« neuerlich beleben können, die Zeitung erschien nun fast wie eine Tageszeitung, bot Rosa Luxemburg mithin beste Arbeitsmöglichkeiten. Trotz der Niederlage in Moskau und trotz der ausgebliebenen Streikwelle in den polnischen Industriezentren war sie auch weiterhin zutiefst vom baldigen Sieg der Revolution überzeugt. Was sie in Warschau in den kommenden Monaten für die Revolution schrieb, sollte mithelfen, die polnische Arbeiterbewegung unter sozialdemokratischer Fahne bis zur endgültigen Entscheidung voranzutreiben.¹⁴ Zweifel an der Richtigkeit des grundsätzlichen Revolutionskurses hatte sie nicht, wobei ihr diese geschichtliche Etappe als ein gewaltiger, ununterbrochener Lernprozeß erschien, weil in wenigen Tagen, ja Stunden Dinge auf die Tagesordnung gerückt worden waren, für die es in anderen, in ruhigen Zeiten in den Mühlen der Tagespolitik Monate oder Jahre brauche.

Die politische Revolution gegen die Zarenherrschaft war ihr zugleich eine gewaltige Klassenschlacht zwischen Kapital und Arbeit, die für die Arbeiterseite ein Höchstmaß an politischen Freiheiten erforderlich machte, die nun erkämpft, durchgesetzt werden mußten. Die Gegenseite, bisher feiger Nutznießer des absolutistischen Regimes, weil so der offenen Auseinandersetzung mit dem Arbeiterkampf aus dem Weg gegangen werde, würde auch fortan immer wieder versuchen, denen Freiheitsrechte vorzuenthalten, die sie im offenen Kampf und unter unbeschreiblichen Opfern gegen die Zarenherrschaft erkämpfen mußten. Deshalb sei es unerlässlich, die politischen Freiheiten radikal, also gegen alle Versuche zu erkämpfen, um mittels Kompro-

1905–1907 na ziemiach polskich [Vierter Aufstand oder erste Revolution? Die Zeit von 1905 bis 1907 auf polnischem Gebiet], Warschau 1976, S. 359.

14 In dieser Zeit notierte Rosa Luxemburg: »Den Tag und die Stunde des endgültigen Sturzes der Zarenregierung kann niemand voraussagen. Ähnlich schwer ist es, vorauszusagen, in welcher Form und unter welchen Umständen die endgültige Abrechnung des revolutionären Volks mit den verbliebenen Resten der Zarenmacht erfolgen wird. Doch spielen solche Fragen keine Rolle. Wichtig ist allein, daß die Arbeiterklasse, wenn diese Umstände herangerückt sind, ihrer Aufgabe gewachsen sein wird.« In: Rosa Luxemburg: Rzecz o Konstytucji i rzecz o Rządzie Tymczasowym [Zur Konstituante und zur Provisorischen Regierung], Warschau 1906, S. 3.

missen zwischen absolutistischer Herrschaft und Bourgeoisie die kämpfenden Massen um die Früchte dieses Kampfes zu bringen.¹⁵

Auf schroffe Ablehnung stießen deshalb alle Versuche, die von Zarenseite unternommen wurden, um den Sturmwind der Revolution zu brechen, um ihr die gefährliche politische Spitze zu nehmen. Zunächst betraf das die Verfassungskomödie, die im August 1905 Innenminister Bulygin vorlegen ließ, nachfolgend inmitten des neu entfachten Sturms auf die Zarenherrschaft Anfang November 1905 den Erlaß des Oktobermanifests, in dem die Zarenregierung politische Reformen ankündigen ließ, die Rußlands neuer und sich liberal dünkender Ministerpräsidenten Witte gar als Ende der Selbstherrschaft verstand, schließlich dann im Frühjahr 1906 die modifizierte Duma-Wahl, die immer noch eine zynische Karikatur auf das allgemeine Wahlrecht darstellte. Sicherlich konnten gewisse Fortschritte gegenüber der vorrevolutionären Selbstherrschaft ohne Parlament, ohne Wahlen verzeichnet werden, doch unteilbare politische Freiheiten – so Rosa Luxemburgs unverrückbarer Standpunkt – würden jetzt auf der Straße und durch die Massenaktionen der Industriearbeiterschaft erkämpft, keine Zugeständnisse indes dürfe es gegenüber Versuchen geben, politische Freiheit in amputierter, dosierter und verunstalteter Form gleich einem Almosen der Machthaber zu verordnen, weil sich das später bitter rächen werde.¹⁶ Selbst die überraschenden Wahlerfolge »umstürzlerischer« Kräfte in Rußland führte sie allein auf die Stärke der Revolution zurück, wertete sie nicht als Bestätigung der »Zarenreformen«. Ohnehin ging sie noch weit bis ins Jahr 1906 von dem Durchbruch aus, der bald kommen werde. Alle Kompromisse mit der Zarenseite galten als Verrat an der Revolution.

Diese Position hielt Rosa Luxemburg auch bei, nachdem sie und Jogiches Anfang März 1906 in Warschau festgenommen wurden und hinter Gefängnismauern verschwanden. Beide waren in Warschau weder auf Kundgebungen in Erscheinung getreten, noch hatten sie anderweitig in den Revolutionsalltag eingegriffen, ihre ausschließlichen Waffen in einer nahezu mustergültigen Konspiration blieben die Redaktions- bzw. die propagandistisch-programmatische Arbeit. Dennoch war im Hexenkessel von Warschau Verrat nicht auszuschließen, der schließlich zur überraschenden Verhaftung führte. Pläne der SDKPiL, die beiden aus dem Gefängnis herauszuholen, schlugen fehl. Zudem konnte Rosa Luxemburg durch Gegenüberstellung mit der in Warschau lebenden Schwester rasch enttarnt werden, was zur Konsequenz hatte, ihr umgehend revolutionäre, umstürzlerische Tätigkeit vorwerfen zu können, hatte sie doch Anfang Januar 1906 einen in »Czerwony Sztandar« gegen Ignacy Daszyński

15 Aus dem Sommer 1906 stammt dieser Bemerkung: »Sollte es morgen zu einer Übereinkunft der Bourgeoisie mit der Regierung kommen, sollte die Bourgeoisie die Macht in die Hände bekommen, dann wird sie sich genauso gegen das Volk wenden wie im Jahr 1848.« Siehe im vorliegenden Band S. 280.

16 Von einer ganz anderen Seite spiegelte Max Weber diese Versuche: »Daß es von seiten des Zaren persönlich mit einer Umwandlung Rußlands in einen Rechtsstaat mit [...] »wirklicher Garantie der Persönlichkeitsrechte« zu keiner Zeit aufrichtig gemeint war, versteht sich von selbst und trat bei jeder Gelegenheit hervor.« Max Weber: Rußlands Übergang zum Scheinkonstitutionalismus, in: ders.: Zur Russischen Revolution von 1905. Schriften und Reden 1905–1912. Studienausgabe, Tübingen 1996, S. 111.

geschriebenen Beitrag aus taktischen und womöglich sogar aus Tarnung, um zu zeigen, daß sie noch aus Berlin schreibe, mit ihrem Namen unterzeichnet.¹⁷ Noch im April wurden Rosa Luxemburg und Jogiches in das durch dickste Mauern von der Außenwelt abgeschirmte Gefängnis in der Warschauer Zitadelle verlegt, so daß auch die mittels Bestechung bis dahin möglichen regelmäßigen Besuche ihrer Genossen ein Ende hatten. Jakob Hanecki hatte Rosa Luxemburg bis zur Verlegung in die Zitadelle beinahe tagtäglich besucht.

Noch bevor Jogiches durch die Ermittlungsbehörden zweifelsfrei enttarnt werden konnte, gelang es der SDKPiL und wiederum durch Bestechung eines russischen Beamten, Rosa Luxemburg mittels hoher Kautions am 28. Juni 1906 aus dem Gefängnis zu holen. Die Kautions überbrachte der Bruder Maksymilian, der in Warschau Kaufmann war, das Geld wurde von August Bebel bereitgestellt. Die Angeklagte sollte bis Abschluß der Untersuchungen in Warschau bleiben, allerdings wurde ihr freigestellt, sich um ihre angegriffene Gesundheit zu kümmern. Im Juli ersuchte sie deshalb die Zarenpolizei in Warschau, einen Kuraufenthalt im böhmischen Karlsbad zu bewilligen, was auch genehmigt wurde. So war der Weg frei zu ihrer ersten und einzigen Reise nach Rußland. Am 1. August 1906 traf sie in St. Petersburg ein, zwei Tage später fuhr sie bereits weiter nach Kuokkala, einem Kurort auf finnischem Gebiet. Von hier berichtete sie nach Deutschland, endlich im sicheren Hafen zu sein.¹⁸ Politischer Zweck der Reise waren allerdings die persönlichen Begegnungen und Gespräche mit SDAPR-Mitgliedern beider Fraktionen, um sich ein genaues Bild der nach wie vor komplizierten Lage zu machen. An die Kautskys schrieb sie: »Ich habe in Petersburg unsere Freunde gesehen und gesprochen und werde sie hier (eine Stunde von Petersburg) des öfteren sehen. Pawel [Axelrod] ist auch hier in der Nähe. Der allgemeine Eindruck der Zerfahrenheit, der Desorganisation, vor allem aber die Verwirrung in den Begriffen, in der Taktik, hat mich vollends disgustiert. Bei Gott, die Revolution ist groß und stark, wenn die Sozialdemokratie sie nicht kaputtmachen wird!«¹⁹

Bis Mitte September blieb Rosa Luxemburg im finnischen Kurort, schrieb dort in Deutsch das Manuskript »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«, das noch im selben Jahr in Hamburg als Druck erschien. In dieser Arbeit bezeichnete sie die Revolution in Rußland und im Königreich Polen als das erste geschichtliche Experiment mit dem Kampfmittel Massenstreik »auf größter Skala«.²⁰ Diese Arbeit, auch wenn sie für

17 Rosa Luxemburg: »Offener Brief« von Herrn Daszyński oder: Die PPS auf Abwegen, siehe im vorliegenden Band S. 160–180. Erst jetzt, nach der Enttarnung, konnte »Czerwony Sztandar« in einer kleinen Meldung über die Verhaftung Rosa Luxemburgs informieren: »Am 4. März, einem Sonntag, wurde um acht Uhr abends die Wohnung der Genossin Rosa Luxemburg von der Polizei aufgesucht, nach gründlicher Durchsuchung brachte man sie zur Ochrana, von wo aus sie nach einigen Tagen in das Pawiak-Gefängnis überführt wurde. Wie Zeitungen berichten, setzt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands energisch für die Freilassung unserer Genossin ein, die deutsche Untertanin ist.« Czerwony Sztandar, Nr. 56, 23. März 1906, S. 4.

18 Rosa Luxemburg an die Redaktion des »Vorwärts«, 11. August 1906, in: GB, Bd. 2, S. 260.

19 Rosa Luxemburg an Luise und Karl Kautsky, 11. August 1906, in: GB, Bd. 2, S. 261.

20 Siehe GW, Bd. 2, S. 91–170. In diesem Manuskript gebraucht sie den Ausdruck »russische Revolution«, was

die Rezeption in der SPD geschrieben wurde, ist in auffallender Weise ein bemerkenswerter Abschluß ihrer übrigen, 1906 fast ausschließlich in Polnisch geschriebenen Arbeiten zur Revolution. Nach der gelungenen Flucht aus dem Zarengewahrsam ging es ihr nun vor allem darum, die Erfahrungen der Arbeiterrevolution weiterzugeben, die in einem die Wiederaufnahme des im Juni 1848 in Paris begonnenen blutigen Weges des selbständigen Arbeiterkampfes und zugleich die Eröffnung einer neuen Perspektive war. Die Revolution des klassenbewußten, des gereiften Industrieproletariats sei unweigerlich und mit großem Druck an die Schwelle der künftigen sozialen Umwälzung herangerückt, hinter der in einem komplizierten, auch durch Rückschläge gesäumten Weg die auf der kapitalistischen Wirtschaftsweise basierende Gesellschaftsordnung durch Mehrheitswillen und auf revolutionärer Weise aus der Welt geschaffen werde.²¹

IV

Zur gemeinsamen Redaktionsarbeit fanden Rosa Luxemburg und Jogiches erst wieder Anfang 1908 zusammen – nun wieder in Berlin. Jetzt aber hatten sich die Bedingungen geändert. Die Revolution war Geschichte, sie war gescheitert, wobei beide den Sieg der Zarenherrschaft für einen vorläufigen hielten – sie rechneten in absehbarer Zeit mit einer Fortsetzung der Kämpfe. Entscheidend dabei war, daß der Kampf des Industrieproletariats in den verschiedenen Teilen des Zarenreichs, auch wenn er nicht mit dem Sturz der Zarenherrschaft und der Errichtung der demokratischen Republik in St. Petersburg endete, die gewaltigen Unterschiede, die zwischen den Kampfbedingungen im Zarenreich und den Kampfbedingungen in West- und Mitteleuropa vor Ausbruch der Revolution noch bestanden hatten, verringern konnte. Mit der Erfahrung der Revolution, auf die die Arbeiterbewegungen in den Industrieländern des Westens kaum noch zurückgreifen konnten, war aller Verweis auf die Zurückgebliebenheit der Klassenkämpfe und der sozialistischen Bewegung im Zarenreich nur noch vorgeschobenes Gerede. Entscheidender war jetzt vielmehr der enge Schulterschuß zwischen jenen Bewegungen, die bereits unter den Bedingungen politischer Freiheit

aber die Kämpfe im Königreich Polen einschloß. Diese Formulierung ist bis heute im deutschen Sprachgebrauch allgemein üblich. In ihren polnischen Schriften unterscheidet sie verständlicherweise genauer.

21 In ihrem Gefängnismanuskript vom Sommer 1918 über den Oktoberaufstand 1917 schrieb sie zur Mehrheitsfrage, als würde sie noch einmal nachträglich die Menschewiki im Jahre 1906 meinen: »Damit haben die Bolschewiki die berühmte Frage nach der ›Mehrheit des Volkes‹ gelöst, die den deutschen Sozialdemokraten seit jeher wie ein Alp auf der Brust liegt. Als eingefleischte Zöglinge des parlamentarischen Kretinismus übertragen sie auf die Revolutionen einfach die hausbackene Weisheit aus der parlamentarischen Kinderstube: um etwas durchzusetzen, müsse man erst die Mehrheit haben. Also auch in der Revolution: Zuerst werben wir eine ›Mehrheit‹. Die wirkliche Dialektik der Revolutionen stellt aber diese parlamentarische Maulwurfsweisheit auf den Kopf: Nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg. Nur eine Partei, die zu führen, d. h. vorwärtszutreiben versteht, erwirbt sich im Sturm die Anhängerschaft.« GW, Bd. 4, S. 341.

kämpfen konnten, und den Bewegungen im Zarenreich, die dieses wichtige Ziel einstweilen noch nicht erreicht hatten. Erforderlich war auf erweiterter Stufe der Schulerschluß, den Jogiches und Rosa Luxemburg einst für das polnische und russische Proletariat voraussetzten, weil nunmehr bei einem erneuten Ausbruch der Revolution in Rußland und in Polen auch die Arbeiterbewegung im Westen nicht mehr stiller Zuschauer bleiben könne und bleiben werde.²²

Anders als Rosa Luxemburg hatte Jogiches in Warschau noch längere Zeit hinter Gefängnismauern bleiben müssen. Der Versuch, ihn mittels Beamtenbestechung auf ähnlichem Weg freizubekommen wie Rosa Luxemburg, schlug im August 1906 fehl. Inzwischen hatten die Ermittlungsbehörden Jogiches' Identität herausgefunden, so daß auch seine einstige Flucht vor dem Militärdienst eine Rolle spielte. Im November 1906 wurde die Angelegenheit Luxemburg und Jogiches an das Kriegsgericht in Warschau übergeben, zum Prozeß kam es im Januar 1907. Jogiches wurde zu acht Jahren Verbannung verurteilt, Rosa Luxemburg hatte aus Berlin ein ärztliches Attest eingereicht, das ihr den Reiseantritt untersagte, also ging die Kaution verloren. Bevor es in die Verbannung gehen sollte, wurde Jogiches in ein Gefängnis im Warschauer Stadtteil Mokotów verlegt, um auf den Transport vorbereitet zu werden. Im März 1907 gelang ihm dort die Flucht. Verkleidet als Militärarzt und in Begleitung eines bestochenen Wärters verließ er unbemerkt die Gefängnismauern. Der russische Gefängnisbeamte wurde sofort nach Krakau gebracht, Jogiches tauchte zunächst in Warschau unter, erst 17 Tage später flüchtete er nach Krakau. In Warschau nutzte er für den Unterschlupf in der ersten Zeit die Redaktionsräume von »Czerwony Sztandar«, die weiterhin unentdeckt geblieben waren. Von Krakau aus ging es schnell weiter nach Berlin, wo er am 9. April 1907 eintraf. Von der Auslieferung nach Rußland bedroht, verschwand Leo Jogiches von der Berliner Bildfläche, erfunden wurde für die kommenden Jahre ein Krzysztof Krzyształowicz. Die Liebesbeziehung zu Rosa Luxemburg war zu diesem Zeitpunkt schon beendet, für beide eine schmerzliche Zäsur, doch blieben sie politisch eng miteinander verbunden, wahrscheinlich am engsten – trotz aller persönlichen Irritationen.²³

Ab März 1908 brachte Jogiches wieder »Przegląd Socjaldemokratyczny« heraus, die theoretische Monatszeitschrift der SDKPiL, die nun bis 1910 gedruckt werden konnte. Hier veröffentlichte Rosa Luxemburg wiederum wichtige Arbeiten, so »Likwidacja« (Liquidation), eine heute weitgehend vergessene Auseinandersetzung mit den

22 Aus einem Brief Rosa Luxemburgs an Kostja Zetkin vom 20. März 1907: »Die deutsche Parteiwirklichkeit ist jetzt wirklich ein böser Traum oder vielleicht ein traumloser, bleierner Schlaf. Lerne also fleißig Russisch, kleiner Kostik, es wird dies bald die Sprache des Lebens sein. Übrigens ist die Parteimasse doch noch besser gestimmt. Die Versammlung in Hamburg war glänzend.« GB, Bd. 2, S. 282.

23 »Der private Bruch mit Jogiches war jedoch nicht nur eine Befreiung, in der deutschen Umgebung hatte sie sich mit ihm weiter als Polin fühlen können, die beiden hatten sich gegenseitig Heimat gegeben. Das war jetzt vorbei. Obwohl sich Rosas Bild von den Deutschen gegenüber 1898 gewandelt hatte – eine Deutsche wurde sie nie, und die Einsamkeit wuchs.« Rosa Luxemburg: Die Liebesbriefe, hrsg. von Jörn Schütrumpf, Berlin 2012, S. 302.

dramatischen Entwicklungen in der PPS nach Ausbruch der Revolution, oder die umfangreiche Studie »Nationalitätenfrage und Autonomie«, die den Standpunkt der SDKPiL in der Autonomiefrage des Königreichs Polen und in der Nationalitätenfrage im Zarenreich nach den Erfahrungen der Revolution theoretisch begründete, was später auf scharfe Kritik Lenins stieß. 1908 erschienen in »Przegląd Socjaldemokratyczny« auch Beiträge, die bereits analysierend auf die Revolution zurückblickten.

Trotz der Niederlage der Revolution, von der Rosa Luxemburg in den Arbeiten aus dem Jahre 1908 bereits ausging, erschien ihr der Ausgangspunkt für die kommende Kampfphase gar nicht so ungünstig. Das lag bereits im Bild vom Vulkan beschlossen, der zwar vorläufig zur Ruhe gekommen, dennoch nicht erloschen war. Niemand in der europäischen Arbeiterbewegung brauchte mehr überzeugt werden, wie revolutionschwanger das Riesenreich war. Gedacht wurde an eine Kette revolutionärer Erschütterungen wie in Frankreich im 19. Jahrhundert, nur in viel kürzerer Zeitfolge und mit anderem Erfolg. Damit war das Spektrum des Arbeiterkampfes so erweitert, daß die Perspektive einer Weltrevolution, die alle Industrieländer gleichermaßen ergreift, näher gerückt schien. Jetzt war das Zarenreich tatsächlich nicht mehr der Hort der Reaktion, der zwingend – also über den polnischen Nationalaufstand – vom Geschehen der Revolution in Europa abgeriegelt werden müsse, jetzt war es selbst zum führenden revolutionären Zentrum geworden, von dem aus das Fanal auf die Bewegungen in den anderen Ländern überspringen könne und überspringen werde.

Diese Veränderung der Lage, die durch die Revolution augenscheinlich geworden war, widerspiegelte sich auch innerhalb der polnischen Arbeiterbewegung auf dramatische Weise, denn sie betraf mit der PPS eine der wichtigsten Arbeiterparteien. Mit dem Ausbruch der Revolution entbrannte innerhalb der PPS sofort eine heftige Diskussion, die das Programm der Wiederherstellung Polens betraf. Im Februar 1906 führte die PPS in Lemberg den 7. Parteitag durch, der im Beschluß festhielt: »Der Gedanke an einen Nationalaufstand (an einen polnisch-russischen Krieg) ist utopisch, da die polnischen besitzenden Klassen keinen revolutionären Kampf führen und auch keinen führen wollen. Er entspricht nicht dem Wesen des proletarischen Kampfes, der sich auf das gemeinsame Auftreten der Arbeiterklasse im gesamten Staat stützt. Die Solidarität der Arbeiterklasse, die gegen das Zarentum und die bürgerliche Konterrevolution kämpft, die immer größer werdende Geschlossenheit der proletarischen Reihen, die Gemeinsamkeit der Aufgaben für das Proletariat im gesamten Staat – das ist der Ausgangspunkt für unsere revolutionäre Taktik. Mit der Idee des Nationalaufstands hat diese Taktik nichts zu schaffen.«²⁴ Der Beschluß war Ausdruck der seit Ausbruch der Revolution entstandenen Mehrheitssituation in der Partei, in der die alten Haudogen um Piłsudski und Leon Wasilewski, die weiter unbeirrt am Gedanken der Wiederherstellung Polens festhielten, also an der Idee eines von der Arbeiterbewegung initiierten und geführten bewaffneten Nationalaufstands, ihre Niederlage auf dem

24 Siehe PPS-Lewica 1906–1918. Materiały i dokumenty [PPS-Lewica 1906–1918. Materialien und Dokumente], Bd. 1 1906–1910, Warschau 1961, S. 82.

Parteitag nicht eingestehen wollten. Der Bruch der beiden Flügel war nicht mehr aufzuhalten und vollzog sich ab November 1906 auch organisatorisch. Die auf den Gesamtzusammenhang der Revolution im Zarenreich pochende Mehrheit ging als PPS-Lewica in die Geschichte ein, die am Aufstandsgedanken festhaltende Minderheit nannte sich fortan für geraume Zeit PPS-Frakcja Rewolucyjna – Revolutionäre Fraktion, bevor sie später wieder als PPS ohne Zusatz zu agieren begann.

Im Grunde war diese Spaltung der in der Revolution schnell auf mehrere zehntausend Mitglieder angewachsenen PPS eine Bestätigung der Positionen, die die SDKPiL und insbesondere Rosa Luxemburg und Jogiches von Anfang an vertreten hatten. In ihren polnischen Beiträgen aus der Revolutionszeit kam Rosa Luxemburg auch immer wieder auf diese Zusammenhänge zurück, wobei aber auffällt, daß sie selbst 1906 von der zunehmenden und offensichtlicher werdenden Spaltung der PPS kaum oder gar nicht Notiz nahm, auch jetzt noch hielt sie der PPS als Ganzes unentwegt die gescheiterte Konzeption von 1892/93 vor. Das hing auch damit zusammen, daß sie die Vorstellungen, die in den Reihen der künftigen PPS-Lewica bezüglich der Lösung der polnischen Frage vorherrschten, für einen verlogenen Kompromiß hielt. Dort wurde einer Föderalisierung des russischen Staatsgebietes das Wort geredet, was Rosa Luxemburg entschieden ablehnte, weil eine Demokratisierung der Verhältnisse im Königreich Polen – die Warschauer Konstituante – für möglich gehalten werde, ohne dafür entschieden die Errichtung einer demokratischen Republik für den gesamten russischen Staat vorauszusetzen.²⁵ Um diese wichtige Linie im Wirken Rosa Luxemburgs verfolgen zu können, müßte der Blick von der beginnenden Polemik gegen die PPS in den 1890er Jahre, darin eingeschlossen die ersten deutschsprachigen Arbeiten über den Sozialpatriotismus, über die Positionen von 1903/04 und die Stellungnahmen während der Revolution, in der die PPS zerbrach, bis hin zu den Auseinandersetzungen ab 1908, die bereits unmittelbar die PPS-Lewica betrafen, gerichtet werden. Eine solche umfassende Analyse, die außerdem einen der langen Nebenwege aufzeigt, der schließlich 1908/09 in »Nationalitätenfrage und Autonomie« mündete, steht im deutschen Sprachraum noch aus.²⁶

Wenn also Ausbruch und Verlauf der Revolution zumindest im ersten Revolutionsjahr die Ansichten von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches aus vorrevolutionärer Zeit vollkommen bestätigten, so war ihnen auch das Scheitern der PPS eine bloße Folge der Revolution, mit der sie fest rechneten. Allerdings erwarteten sie insgeheim,

25 Ausführlich schrieb Rosa Luxemburg dazu in der bereits angeführten Arbeit »Rzecz o Konstytuancie i o Rządzie Tymczasowym« [Zur Konstituante und zur Provisorischen Regierung], die im Mai 1906 als Broschüre erschien. Wegen der Spezifik der PPS-Auseinandersetzung wird diese wichtige Arbeit nicht in diesen Band aufgenommen, sondern demnächst in einem anderen Zusammenhang erscheinen.

26 Die Arbeiten »Das unabhängige Polen und die Arbeitersache« (1895) und »Nationalitätenfrage und Autonomie« (1908/09) kennzeichnen gewissermaßen Ausgangs- und Schlußpunkt dieses außerordentlich wichtigen Komplexes im Wirken Rosa Luxemburgs. Erst die Kenntnis der zeitlich zwischen diesen beiden Eckpunkten herausgearbeiteten Positionen macht es möglich, Rosa Luxemburgs Verständnis der polnischen Frage sinnvoll zu rekonstruieren.

daß die Arbeitermassen nach dem offenkundig gewordenen Scheitern des nationalen Programms der PPS im Sog der stärker werdenden revolutionären Welle den schnellen Weg zur sozialdemokratischen Bewegung finden würden. Auch deshalb hielten beide dem linken Flügel der PPS polemisch vor, nach wie vor und allzusehr dem patriotischen, auf Wiederherstellung Polens gerichteten Geist der alten Partei zu entsprechen, also alle Annäherung an die programmatischen Positionen der Sozialdemokratie lediglich unter dem Zwang der revolutionären Ereignisse vollzogen zu haben, ohne innere Überzeugung, weil kein anderer Ausweg mehr geblieben sei, es sei denn der des offenen Gesichtverlustes wie bei den in gefährlichen Abenteuern irrlichternden bewaffneten Gruppen der Frakcja Rewolucyjna. Aus der Sicht der Führungsstruktur der sich herausbildenden PPS-Lewica konnte es wiederum scheinen, als verlangten die Sozialdemokraten völlige Unterwerfung oder völlige Aufgabe. Verständlich wird Rosa Luxemburgs und Jogiches unnachgiebige Haltung, wenn die enorme Bedeutung berücksichtigt wird, die die richtige Herangehensweise an die Nationalitäten-, insbesondere aber an die polnische Frage innerhalb der polnischen Arbeiterbewegung für beide hatte. Daran hatte sich während der Revolution nichts geändert, das Gegenteil war der Fall. So, wie es nur noch die zwei Lager gab, das der Revolution und das der Gegenrevolution, so gab es auch in dieser Hinsicht keine Nachsicht: entweder revolutionärer Kampf an der Seite des russischen Proletariats für die demokratische Republik im Riesenreich oder die Unabhängigkeit Polens. Der Verdacht, die PPS wolle im neuen Gewande diese prinzipielle Haltung verwässern oder dieser wichtigen Entscheidung ausweichen, blieb auch in den Jahren nach der Revolution bestehen und prägte Rosa Luxemburgs Auseinandersetzung mit der PPS-Lewica. Erst die sich überstürzenden Entwicklungen im Ersten Weltkrieg verdrängten diesen Konflikt endgültig, weil nun alles in der Alternative zwischen Weltrevolution oder Barbarei ergriffen zu sein schien.²⁷

Ein weiterer Fakt, der ganz und gar die frühere Positionen von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches zu bestätigen schien, war der Beitritt der SDKPiL zur gesamtrossischen SDAPR, der im Frühjahr 1906 tatsächlich erfolgte. An den Bedingungen, die die SDKPiL für einen solchen Schritt im Sommer 1903 aufgestellt hatte, änderte sich wenig. Allerdings war durch die Entwicklungen der Revolution selbst und durch die Vorgänge in der PPS die Bedeutung der prinzipiellen Haltung in der Nationalitätenfrage auf dieser Ebene zweifach relativiert. Der Weg schien frei für die Errichtung der demokratischen Republik auf dem Gebiet des Zarenreichs, in deren Rahmen dann anschließend diese Frage mit ganz anderen Voraussetzungen gelöst werden könnte. Erst nach der Niederlage der Revolution und dem Ausbleiben der Republik änderte

27 In der »Roten Fahne«, die zu jener Zeit von Rosa Luxemburg und Jogiches in Berlin redigiert wurde, stand am 3. Januar 1919 über den sich abzeichnenden Sieg der Polen im Posener Aufstand dieser unmißverständliche Satz: »Die proletarische Revolution in Rußland, die kommende proletarische Revolution in Deutschland: zwischen diesen beiden Feuern wird die polnische Bourgeoisie bald warm werden. Was die Bourgeoisie trennt, wird die proletarische Revolution einigen.« Die polnische Frage, in: Die Rote Fahne, Nr. 3, 3. Januar 1919, S. 2.

sich diese Perspektive wieder. Jetzt rückte, da die demokratische Republik weiterhin eine noch nicht erfüllte Forderung bleiben mußte, die Frage des prinzipiellen Heran-gehens an die Nationalitätenfrage erneut, wie schon 1903, in den Vordergrund.²⁸ Auch dieser Bogen im Denken Rosa Luxemburgs, der 1903 gespannt wurde, endete erst nach der Revolution in den Jahren 1911 bis 1913, als die SDKPiL im Sinne der innerparteilichen Machtpolitik der Bolschewiki instrumentalisiert werden sollte, ein Versuch, bei dem die Partei zwar nicht zugrunde ging, aber weitgehend gelähmt wurde. Bisher sind in der deutschsprachigen Literatur vor allem einzelne, wichtige Momente untersucht worden, beispielsweise die Lenin-Polemik, die Rosa Luxemburg 1904 in der »Neuen Zeit« veröffentlichte.²⁹ Die Berücksichtigung der entsprechenden polnischen Beiträge, auf deren Bedeutung vor allem Feliks Tych immer wieder verwiesen hat, steht aber noch weitgehend aus.³⁰ Wie wichtig aber gerade diese Beiträge sind, verdeutlicht bereits die organisatorische und politische Nähe der SDKPiL zur SDAPR, eine Nähe, in der – wie sich schnell zeigte – die Behauptung der Differenzen und Unterschiede für die eigene Organisation überlebenswichtig waren.

Im Zuge der revolutionären Offensive, in der sich im Frühjahr 1906 noch alle Beteiligten zu befinden glaubten, spielten diese Dinge allerdings eine geringere Rolle. Bereits kurz nach Ankunft in Warschau stand für Rosa Luxemburg die Teilnahme am bevorstehenden SDAPR-Parteitag fest, der dann schließlich Ende April/Anfang Mai in Stockholm durchgeführt wurde.³¹ Rosa Luxemburg ließ auch nach ihrer Verhaftung

28 »Die Revolution hat im russischen Staat unter anderem die Nationalitätenfrage auf die Tagesordnung gesetzt. [...] Nunmehr ist sie in Rußland aktuell geworden, denn die Entwicklung der revolutionären Ereignisse stellt alle Klassen und politischen Parteien unmittelbar vor die Notwendigkeit, die Nationalitätenfrage vom Gesichtspunkt praktischer Politik und der unmittelbaren Aufgaben aus zu lösen. [...] Im Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands wird dieser Formel, mit der die allgemeine Lösung der Nationalitätenfrage in allen ihren besonderen Erscheinungsformen umfaßt werden sollte, im Paragraph neun entsprochen, der verkündet, daß die Partei eine demokratische Republik fordere, deren Verfassung unter anderem allen Nationalitäten, die zum Staat gehören, das Selbstbestimmungsrecht zusichere.« Rosa Luxemburg: Nationalitätenfrage und Autonomie, Berlin 2012, S. 44.

29 Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: GW, Bd. 1/2, S. 422–444.

30 Hier sei auf Rosa Luxemburgs Manuskript »Zur Lage in der russischen Sozialdemokratie«, in der Literatur bekannt als »Credo«, verwiesen, daß 1991 erstmals und in deutscher Übersetzung veröffentlicht wurde, siehe: Feliks Tych: Ein unveröffentlichtes Manuskript von Rosa Luxemburg zur Lage in der russischen Sozialdemokratie (1911), in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, September 1991, Heft 3, S. 339–357. Wenige Zeit später schrieb sie 1912 den Beitrag »Rozbicie jednoci w SDAPR« [Zerschlagung der Einheit in der SDAPR], in: Czerwony Sztandar, Nr. 188, Juli 1912, S. 2–3. – Tych hat als die drei wichtigen Punkte der Kritik von Jogiches und Rosa Luxemburg an der Bolschewiki die Ansichten in der Nationalitätenfrage, das organisatorische Konzept und das Verständnis der Revolution von 1905 ausgemacht. Siehe Feliks Tych: Leo Jogiches' Kritik an der bolschewistischen Partei, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, September 1991, Heft 3, S. 304.

31 An die Kautskys schrieb sie am 11. Januar 1906 und noch in der stürmischen Annahme, der Parteitag könne bereits in Rußlands Hauptstadt stattfinden: »Nach Petersburg werde ich in einigen Wochen fahren. Anfang Februar haben die beiden Fraktionen den ersten gemeinsamen konstituierenden Parteitag. Ich will natürlich hin. Dabei kommt mir in den Sinn, daß es wohl angebracht wäre, um die Liierung der deutschen Partei mit der Revolution zu befestigen, daß die deutsche Sozialdemokratie auf diesem Parteitag vertreten wäre. Das würde auch auf die Fraktionen und ihre eventuellen Fraktionen wohlthuend wirken. Da keiner aus Deutschland unter sotanen Umständen nach Petersburg fahren wird und keiner russisch kann, so könnte der Vorstand vielleicht auf mich

nicht von diesen Plänen ab, allerdings scheiterten alle Fluchtvorhaben, wie bereits gesagt, an den dicken Mauern der Warschauer Zitadelle, in die sie schließlich verlegt wurde.³²

Im »Czerwony Sztandar« war am 26. Mai 1906 über den Stockholmer Parteitag der SDAPR zu lesen: »Der kürzlich abgehaltene Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) erhielt nicht umsonst die Bezeichnung Vereinigungsparteitag (Objedijnjny sjesd). Denn vor allem vereinigten sich auf ihm die beiden Parteifraktionen, die sogenannten Bolschewiki und Menschewiki, die seit einigen Jahren einen pausenlosen und verbissenen Kampf gegeneinander führten, der die Partei faktisch in zwei getrennte Parteiorganisationen teilte. Das heißt zwar noch nicht, daß auf diesem Parteitag die ernsthaften taktischen Unterschiede verschwunden sind, die die Partei bisher in zwei feindliche Fraktionen spaltete. Solche Unterschiede, die im gegebenen Augenblick aus unterschiedlichen Bewertungen des in Rußland durchlebten politischen Augenblicks entspringen, können nicht durch einfache Abstimmung und gewöhnliche, mechanische Stimmenmehrheit abgeschafft werden. In dieser Hinsicht hat der Parteitag leider keinerlei Schritte unternommen, um das Ziel zu erreichen, die beiden taktischen Richtungen durch das Finden einer Linie dazwischen, einer Kompromißlinie auszusöhnen. [...] Doch der Parteitag hat die Bezeichnung als Vereinigungsparteitag vollkommen und um so mehr verdient, da auf ihm die Vereinigung der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands erfolgte sowie Wege gefunden wurden, um die Partei mit dem Bund und mit der Sozialdemokratie Lettlands zu vereinen; die Vereinigung der Partei mit den beiden letztgenannten Organisationen ist sicherlich nur noch eine Frage von sehr kurzer Zeit. Dann wird die organisatorische Einheit des sozialdemokratischen Proletariats im ganzen Staat Tatsache sein.«³³

Diesen wichtigen Moment in ihrer politischen Laufbahn erlebten Rosa Luxemburg und Jogiches also im Warschauer Gefängnis. Mit diesem Parteitag ging eine politische Vorstellung in Erfüllung, die sie seit 1893 beseelt hatte und ein wichtiges Argument war in den hartnäckig geführten Auseinandersetzungen mit der PPS. Das Ziel einer organisatorisch einheitlichen sozialdemokratischen Bewegung im Riesenreich schien erreicht. Wie fragil allerdings diese Einheit selbst zu diesem Zeitpunkt war, machte bereits der Bericht in »Czerwony Sztandar« deutlich, kommt doch die Zeitung nicht umhin, den nach wie vor bestehenden tiefen Graben zwischen Bolschewiki und Menschewiki in taktischen Fragen zu konstatieren, um festzuhalten, daß eine Kompro-

zugleich die Vertretung Deutschlands übertragen. Ich bin sowieso dort, so daß auch keine Kosten dem Vorstand daraus erwachsen würden.« In: GB, Bd. 2, S. 244.

32 Brief an Luise und Karl Kautsky vom 7. April 1906, also noch vor der Verlegung in die Zitadelle: »Mit meinen weiteren Reiseplänen von hier aus steht es folgendermaßen: Ich muß dringend in allernächster Zeit (eigentlich bereits zu Ostern) nicht ein milderes, sondern ein viel rauheres Klima aufsuchen, wohin ich auch wohl auf einem kleinen Umweg über die schwarzweißen Pfähle ziehen werde.« In: GB, Bd. 2, S. 252.

33 Zjednoczenie socjaldemokracji Polski i Rosji [Vereinigung der Sozialdemokratie Polens und Rußlands], in: Archiwum ruchu robotniczego [Archiv der Arbeiterbewegung], Bd. 5, Warschau 1977, S. 168 f.

mißlinie nicht gefunden sei. Noch im Juni 1906 schrieb Rosa Luxemburg einen Beitrag für »Czerwony Sztandar«, in dem sie erstmals nach dem Vereinigungsparteitag von Stockholm auf diese taktischen Streitereien zwischen Bolschewiki und Menschewiki zu sprechen kommt.³⁴ Hintergrund waren die unterschiedlichen Sichtweisen auf die Zarenduma, auf das von der Zarenregierung veranstaltete Wahlspektakel, auf die Perspektiven der Revolution überhaupt. Rosa Luxemburg war der Meinung, noch immer erfasse der mächtige revolutionäre Strom das Proletariat, kritisierte die Menschewiki und namentlich Plechanow, sie lobte die Bolschewiki und namentlich Lenin. Doch es ist zugleich und ungewollt ein ketzerischer Text, denn den politischen Wechsel, den die Autorin darin Lenin und der Bolschewiki beiläufig ausstellte, können und wollen diese wegen ihres überzogenen Machtdenkens gar nicht nutzen: »Die Verwirklichung des Sozialismus durch eine Minderheit ist jedoch unbedingt ausgeschlossen, da bereits die Idee des Sozialismus die Herrschaft einer Minderheit ausschließt.«³⁵ Es ist die Gretchenfrage, wie eine revolutionäre Bewegung, die die auf kapitalistischer Produktionsweise beruhende Gesellschaftsordnung aus der Welt schaffen will, mit Demokratie und demokratischen Formen umgehen will, die in der bürgerlichen Gesellschaft, die unzweifelhaft in fast allen Teilen auf dieser Produktionsweise beruht, durch Klassenkämpfe, in denen Arbeiter ihre Haut blutig zu Markte trugen, herausgekämpft, herausgeschlagen worden waren. Lenins klare, abweisende, allein negierende Auffassung ist bekannt, er dachte auch vor 1917, zumindest seit 1903 nie anders, wenn ja, dann geschah es allein kurzfristiger taktischer Erwägungen zuliebe. Rosa Luxemburgs entschiedene Haltung für die Bewahrung dieses kostbaren Erbes, das durch das revolutionäre Proletariat wie ein Augapfel zu hüten sei, ist ebenso bekannt. Eine Bestätigung dafür findet sich in nahezu jedem der Texte, die sie für ihre Bewegung zu Hause in Polen in den Revolutionstagen schrieb.

Angemerkt sei hier, daß Rosa Luxemburg und Jogiches nach ihrer Trennung im Mai 1907 am 5. Parteitag der SDAPR in London teilnahmen, Rosa Luxemburg als Vertreterin der SPD, Jogiches für die SDKPiL.³⁶ Im voll entfachten Streit zwischen den russischen Parteiflügeln ließ Rosa Luxemburg, hier als Vertreterin der SPD, gegenüber den Menschewiki eine aufschlußreiche Bemerkung zur Enge und Intoleranz der Bolschewiki fallen: »Die polnischen Genossen, die mehr oder weniger in Formen zu denken gewöhnt sind, die sie der westeuropäischen Bewegung entnommen haben, sind von dieser spezifischen Unbeugsamkeit wahrscheinlich noch befremdeter als wir. Aber wißt ihr, Genossen, woraus alle diese unangenehmen Züge entstehen? Für einen Menschen, dem die innerparteilichen Verhältnisse in anderen Ländern bekannt sind, sind dies sehr bekannte Züge: Es ist das typische geistige Antlitz jener Richtung des Sozialismus, die gegen eine andere, ebenfalls starke Richtung das Prinzip der selbständi-

34 Rosa Luxemburg: Blanquismus und Sozialdemokratie, siehe im vorliegenden Band S. 214–219.

35 Ebenda, siehe im vorliegenden Band S. 218.

36 Zu Rosa Luxemburg siehe GW, Bd. 2, S. 205–232.

gen Klassenpolitik des Proletariats verteidigen muß.«³⁷ Sie verteidigt vehement, hierin vollkommen bestärkt durch die Erfahrung der jüngsten Revolution, den auf Lassalle zurückgehenden Gedanken, daß dem revolutionären Proletariat eine einzige reaktionäre Masse gegenüberstehe, die selbstverständlich auch den liberalen Flügel der Bourgeoisie einschließe. Ein gegen die Menschewiki gerichtetes Argument, die immer wieder die Bewegung warnte, sie dürfe nicht zu radikal werden, denn der Charakter der Revolution bleibe ein bürgerlich-demokratischer, die liberalen Kräfte der Bourgeoisie dürften deshalb nicht verprellt werden. Allerdings bedeutet selbständige Klassenpolitik des Proletariats im Verständnis Rosa Luxemburgs selbstverständlich, das unabgegoltene demokratische Erbe, die Verpflichtung zu voller politischer Freiheit und zu den unveräußerlichen Persönlichkeitsrechten selbstbewußt zu übernehmen, nicht aber, diese zu verschmähen, zu ignorieren, zu bekämpfen – mit welch fadenscheinigen Argumenten auch immer.

V

In den Texten aus dem Jahre 1906 rechnete Rosa Luxemburg mit dem Sieg der Revolution, der unmittelbar bevorstehe. Selbst nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis blieb sie dieser Überzeugung treu, wie die Texte ausweisen. Sie hielt noch immer den einen entscheidenden Moment für nahe, in dem ein Generalstreik die wichtigsten Industriezentren lahmlegt, in dem Eisenbahn, Post und Telegraph umfassend bestreikt werden, in dem in Rußland mehrere Bauernaufstände ausbrechen, in dem Meutereien in den Kasernen zur Regel werden – in dem also die Zarenregierung von allen Seiten zugleich umstellt wird. Schließlich würden in den größten Städten und Industriezentren Aufstände wie in Moskau ausbrechen, ohne daß die Regierung noch genügend Truppen heranziehen könnte, um die brennenden Revolutionsherde gewaltsam auszutreten. Bisher hatte das zaristische Regime es ein ums andere Mal geschafft, weil die Aktionen trotz aller Solidarität zu vereinzelt waren, zeitlich nacheinander abliefen. Das Todesurteil über die Zarenherrschaft – so Rosa Luxemburg – werde vollstreckt, wenn alle diese einzelnen Elemente, die im bisherigen Verlauf der Revolution ihre spezifische Schlagkraft bereits unter Beweis gestellt hätten, gleichzeitig gegen die Zarenfestung geführt würden.

Was aber dann? In den Texten finden sich vereinzelte, sogar deutliche Hinweise. Die Arbeiterrevolution sei der entscheidende Faktor, um politische Freiheit durchzusetzen. Der revolutionäre Kampf der Industriearbeiter treibe bis zu einem bestimmten Punkt auch die liberal gesinnten Kräfte vor sich her; insofern erinnere vieles noch an die Kämpfe im 19. Jahrhundert. Am Opfermut, an der Heldenhaftigkeit der kämpfenden Arbeiter gebe es wie damals keinerlei Zweifel, doch reichten diese Eigenschaften in der bisherigen Revolutionsgeschichte immer nur bis zum Sturz der alten

37 Ebenda, S. 224.

Regierung. Die entscheidende Frage sei nunmehr, was gleich nach dem Sturz der Zarenherrschaft zu tun ist. Im 19. Jahrhundert wurden den kämpfenden Arbeitern unmittelbar nach dem Sieg über die alte Regierung die Früchte des Sieges weggeschnappt – durch die Bourgeoisie, die das entstandene Machtvakuum schnell und geschickt ausnutzte, um allein die eigenen Interessen durchzusetzen, meistens mit Kompromissen, die offener politischer Verrat waren. Der Mohr allerdings hatte zu diesem Zeitpunkt seine Arbeit längst getan. Deshalb stand für Rosa Luxemburg fest, daß unmittelbar nach dem Sieg über die Zarenherrschaft das Proletariat die politische Macht unbedingt an sich reißen müsse, und zwar in Form einer Provisorischen Regierung, in der bewährte Revolutionskräfte die führende Rolle ausübten. Aufgabe dieser Proletarier-Regierung sei es, entscheidende Weichenstellungen für die neuen politischen Zustände vorzunehmen, damit die Ziele der Revolution erreicht werden: politische Freiheit und demokratische Republik. Mit diesem Ziel verbiete sich für die Mitglieder der Provisorischen Regierung, an den eigenen Machterhalt zu denken, denn die Erfüllung der Aufgabe der Revolution sei vergleichsweise kurzfristiger Natur, schließe den Verzicht auf die eroberte Macht fast zwangsläufig wieder ein. An diesem Punkt gehe es allein darum, Bedingungen durchzusetzen, die für die künftigen Klassenkämpfe aus Sicht der Interessen des Proletariats notwendig seien, um die freie Entfaltung des Kampfes um den Sozialismus zu ermöglichen. Vorerst aber werde, wenn die Aufgaben der Revolution erfüllt seien, die Gesellschaft zu »normalen«, also nichtrevolutionären Verhältnissen zurückfinden. »Das kämpfende Proletariat darf sich natürlich keine Illusion über die Dauer seiner Herrschaft in der Gesellschaft machen. Nach dem Ende der jetzigen Revolution, nach der Rückkehr der Gesellschaft zu ›normalen‹ Verhältnissen, wird die Herrschaft der Bourgeoisie sowohl innerhalb der Fabrik als auch im Staat in der ersten Phase ganz sicher einen Großteil des im jetzigen revolutionären Kampf Erreichten beiseite schieben und beseitigen. Um so wichtiger ist es, daß das Proletariat in die jetzigen Verhältnisse die stärksten Breschen schlägt, daß es die Verhältnisse innerhalb der Fabrik und in der Gesellschaft weitmöglich revolutioniert. Je weiter die Sozialdemokratie die revolutionäre Welle zur politischen Diktatur des Proletariats vorantreiben kann, desto weniger wird die Bourgeoisie gleich nach der Revolution in der Lage sein, das Erreichte zurückzudrängen.«³⁸

So vollendet die jetzige Revolution den Jahrhundertbogen: »Das ganze verflorsene Jahrhundert verrichtete im Grunde genommen nur die Arbeit, die ihm jene große historische Umwälzung aufgegeben hatte: die Konstituierung der Klassenherrschaft der modernen Bourgeoisie, des Kapitalismus, in allen Ländern.«³⁹ Zugleich wird sie nach fester Überzeugung Rosa Luxemburgs den bisherigen Fluch durchbrechen, daß

38 Rosa Luxemburg: Taktik der Revolution, siehe im vorliegenden Band S. 208. Das vor dem Zitat hier wiedergegebene Bild der einzelnen Elemente, die, wenn sie zu einem Augenblick zusammenkämen, die Zarenherrschaft endgültig stürzten, hatte Rosa Luxemburg zur gleichen Zeit in der bereits im Gefängnis fertiggestellten und im Mai 1906 gedruckten Broschüre »Rzecz o Konstytucji i rzecz o Rządzie Tymczasowym« [Zur Konstitution und zur Provisorischen Regierung] beschrieben. Hier entwickelte sie auch die Idee der Provisorischen Regierung.

39 Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, in: GW, Bd. 2, S. 5.

diejenigen nach erfolgtem Revolutionsakt leer ausgingen, die diesen, sich aufopfernd, ausgefochten hatten. Erst damit werde die Tür zur nächsten geschichtlichen Etappe aufgestoßen, in der ein Weg zum Sozialismus möglich sein werde.

Der Ausbruch und der Verlauf der Revolution von 1905 bestätigten Rosa Luxemburg in der Überzeugung, daß der Weg zum Sozialismus, daß der Weg heraus aus der bestehenden, der auf kapitalistischen Verhältnissen beruhenden Gesellschaft nicht nur möglich, sondern geschichtlich, also notwendig vorgezeichnet sei. Sie war überzeugt, daß die sozialdemokratisch geführte Arbeiterbewegung mit den Erfahrungen der Revolutionen des 19. Jahrhunderts und mit dem frischen Wind der jetzigen Revolution nun in der Lage sein werde, die für den Weg zum Sozialismus nötigen Klassenkampfbedingungen herauszuschlagen, Bedingungen also, die volle politische Freiheit, die volle bürgerliche Freiheiten wie Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit voraussetzen wie die Luft zum Atmen für den Menschen. Nichts anderes war ihr in diesen Zusammenhängen vorstellbar.

Doch die Revolution scheiterte, der Durchbruch gelang nicht, die einzelnen Elemente der Revolution von 1905 fanden nicht wie erhofft zusammen, die Zarenregierung konnte sich trotz größter Verluste aus der bereits angelegten Umzingelung befreien, die Breschen in die herrschenden Verhältnisse wurden nicht in dem erhofften Ausmaße geschlagen. Rosa Luxemburg wußte, daß es diesmal weniger am Verrat der Bourgeoisie lag, denn der war bereits im Revolutionsverlauf an verschiedener Stelle allzu offensichtlich, also konnte man sich darauf sehr gut einstellen, es lag auch nicht am Proletariat, das wie erwartet heldenmütig kämpfte, am ehesten noch machte sie – wenn überhaupt – den eigenen sozialdemokratischen Reihen den meisten Vorwurf. Es sind Fragen nach Klassenbewußtsein und Geschichte, die zwar unentwegt aufgeworfen oder berührt werden, die aber trotz allem im immer wieder beschworenen Kontext des 19. Jahrhunderts stecken und damit unentdeckt bleiben. Man braucht hier nur an das durchgängig gebrauchte Bild der zwei Lager in der Gesellschaft zu denken, das von bestechender Logik ist, aber die vielfältigen Prozesse in der durch die Revolution vorwärtsgetriebenen Gesellschaft nicht gänzlich aufzunehmen vermochte.⁴⁰ Auch bei Ausbruch der Novemberrevolution in Deutschland 1918 war Rosa Luxemburg überzeugt, daß der von der Front zurückkehrende Soldat, wenn er seinen Waffenrock aus- und den Arbeitskittel wieder anziehen werde, schnell zum alten Klassenkämpfer zurückkehre, der allerdings einen anderen politischen Rahmen brauche, als ihn die alte Sozialdemokratie verkörpert habe, die an den Abgründen des Ersten Weltkrieges gescheitert sei. Insofern stand sie mit ihrer Feder 1918/19 in Berlin auf den gleichen Barrikaden wie 1905/06 in Warschau und Łódź, in St. Petersburg und Moskau.⁴¹

40 Das betrifft in erster Linie das schwierige Verhältnis zu den Intellektuellen Polens, die ja aufgerufen wurden, innerhalb der Welt der zwei Lager Partei zu ergreifen, die das auf ihre Art auch in sehr vielen Fällen taten, doch selten den Weg zur polnischen Sozialdemokratie im Zarenreich fanden.

41 Den Gedanken, daß die Novemberrevolution allerdings die Niederlage der Revolution 1905/06 nicht wett-

Die zweite Seite dieser Geradlinigkeit und Beharrlichkeit wird häufig übersehen, doch ist sie genauso wichtig. Alles Gerede von einer Zurückgebliebenheit der russischen Verhältnisse, durch das bewiesen werden sollte, daß es eigentlich nie zu einer durch Arbeiter getragenen politischen Revolution in Rußland kommen könne, wies Rosa Luxemburg von Anfang an entschieden zurück. Der geschichtliche Verlauf bestätigte ihre Vision und Voraussicht eindrucksvoll. Als Karl Kautsky 1914 der abstrusen Losung folgte, die deutschen Soldaten im Ersten Weltkrieg würden im Kampf mit der Zarenarmee eine zivilisatorische Mission erfüllen, weil das demokratiefeindliche Zarenregime noch zu stürzen sei, so als ob deutsche Gewehre die Revolution nachträglich zu ihrem Ziele bringen müßten, entgegnete Rosa Luxemburg: »Die Revolution wurde niedergeschlagen. Aber gerade die Ursachen ihres vorläufigen Scheiterns sind, wenn man in sie etwas tiefer hineinblickt, lehrreich für die Stellung der deutschen Sozialdemokratie im heutigen Kriege. Zwei Ursachen können uns die Niederlage der russischen Erhebung im Jahre 1905/1906 trotz ihres beispiellosen Aufwands an revolutionärer Kraft, Zielklarheit und Zähigkeit erklären. Die eine liegt im inneren Charakter der Revolution selbst [...]. Von hier aus gesehen, scheiterte die russische Revolution, weil sie eben eine proletarische Revolution mit bürgerlichen Aufgaben oder, wenn man will, eine bürgerliche Revolution mit proletarisch-sozialistischen Kampfmitteln, ein Zusammenstoß zweier Zeitalter unter Blitz und Donner war, eine Frucht sowohl der verspäteten Entwicklung der Klassenverhältnisse in Rußland wie deren Überreife in Westeuropa. Von hier aus gesehen, ist auch die Niederlage im Jahre 1906 nicht ihr Bankrott, sondern bloß ein natürlicher Abschluß des ersten Kapitels, dem weitere mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes folgen müssen. Die zweite Ursache war wieder äußerer Natur: Sie lag in Westeuropa.«⁴² Ein Unterschied in den Reifegraden der Gesellschaft mithin, verspätete Entwicklung auf der einen, Überreife auf der anderen Seite, der aber den Zusammenstoß zweier Zeitalter ermöglichte, was revolutionär ausgefochten werde, der aber keineswegs den Abgrund kennzeichne, der von außen mit Waffengewalt überbrückt gehöre. Rosa Luxemburgs Überzeugung am Ende ihrer sozialdemokratischen Karriere 1915/16 ist die gleiche wie 1893, als sie diese begann: Die Frage der Zarenreaktion läßt sich nur von innen heraus lösen, durch Klassenschlachten, nicht aber von außen – weder durch einen polnischen Aufstand, der die Gefahr abriegeln sollte, noch durch Waffengewalt im Krieg. Die Klassenkämpfe in Rußland haben den gleichen Charakter wie überall in den industriell fortgeschrittenen Ländern, auch wenn die politischen Rahmenbedingungen noch andere sind. Wenn polnisches und russisches Proletariat nachweisen könnten, welche Kraft es bedeutet, Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Gegner zu kämpfen, dann steht dieser

machen könne, faßte Rosa Luxemburg am 14. Januar 1919 so: »Die wunde Stelle der revolutionären Sache in diesem Augenblick, die politische Unreife der Soldatenmasse, die sich immer noch von ihren Offizieren zu volksfeindlichen gegenrevolutionären Zwecken mißbrauchen läßt, ist allein schon ein Beweis dafür, daß ein dauernder Sieg der Revolution in diesem Zusammenstoß nicht möglich war. Andererseits ist diese Unreife des Militärs selbst nur ein Symptom der allgemeinen Unreife der deutschen Revolution.« GW, Bd. 4, S. 532 f.

42 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie, in: GW, Bd. 4, S. 116 f.

Weg allen anderen frei. Jedes Verweisen auf solche Unterschiede in Zivilisation und Kultur zwischen dem Westen und Rußland, die gemeinsames Handeln um die gleichen gesellschaftlichen Ziele unmöglich mache, traf bei Rosa Luxemburg auf entschiedene Ablehnung. Einer der Gründe übrigens, weshalb sie vor und in der Revolution so vehement für die einheitliche demokratische Republik kämpfte, weshalb sie dem Föderalismusgedanken in den Reihen der PPS-Lewica, der eigentlich auf Konföderation unterschiedlicher Entitäten hinauslief, so hartnäckig bekämpfte. Daß sie am Panlawismus der Zarenseite, der ja Kultur- und Zivilisationsunterschieden zwischen den Slawenvölkern und dem Westen das Wort redete, kein gutes Haar ließ, versteht sich dann von selbst.

Ein anderer Gedanke aber besticht aus heutiger Sicht. Wenig wollte, wenig konnte Rosa Luxemburg über die sozialistische Gesellschaft schreiben, die die alte, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhende Gesellschaft ablösen sollte; über die Wege dorthin ließ sie sich gleich gar nicht aus. Was hinter einer Provisorischen Regierung komme, ließ sie offen, nur deren Machtverzicht nach den erfüllten Aufgaben fixierte sie deutlich. Präzise konnte sie hingegen die Bedingungen nennen, von denen der weitere Weg der Arbeiterkämpfe hin zum Sozialismus abhängt: politische Freiheit, entfaltete demokratische Verhältnisse ohne Einschränkungen, mit einem Wort – eine offene, keine geschlossene und sich abschottende Gesellschaft. Daß in einem einzigen Land, und sei es noch so groß, daß innerhalb einer isoliert bleibenden Gesellschaft, die noch dazu mit einer verspäteten Entwicklung zu kämpfen hatte, der Weg zum Sozialismus eingeschlagen wird, wobei die Institution der Provisorischen Regierung, um den Machterhalt auf ewig festzuschreiben, mit diktatorischen Mitteln so omnipotent ausgebaut und mißbraucht wird, um hierin unter roten Fahnen auf grotesk-tragischer Weise der unheimlichen Wiederkehr der Selbstherrschaft des Zaren zu gleichen – das alles konnte sich Rosa Luxemburg nicht vorstellen. Die Texte aus den Jahren 1905 bis 1908 beweisen das mit jeder Zeile.